GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 4, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 255 B | BERLIN • Sonnabend, den 29. Oktober 1932 | 1. JAHRGANG

Die Vergewaltigung Preußens!

Keine Aenderungen trotz des Leipziger Urteils.

W—er. Die Reichsregierung steht vor der nicht einfachen Aufgabe, die Verschluckung Preußens in die Machtsphäre der monarchistischen Junker mit dem Leipziger Urteil und mit einer einigermaßen haltbaren rechtlichen Begründung in Einklang zu bringen. Die Telegraphen-Union berichtet über die neuesten Pläne der Reichsregierung:

Man beabsichtigt, die dem Reichskommissar als zu Recht bestehend zuerkannten Verwaltungsbefugnisse in Preußen voll auszunutzen und die seit längerem beabsichtigten Maßnahmen der Verwaltungsreform nunmehr baldigst in Gang zu bringen.

Dabei soll der Dualismus Reich—Preußen, soweit dies auf dem Verwaltungswege durchführbar ist, beseitigt werden.

Geplant ist, die Personalunion zwischen Reichs- und preußischen Ministern möglichst weitgehend zu verwirklichen und Reichsminister mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte preußischer Ministerien zu beauftragen. Als besonders verwaltete preußische Ministerien sollen danach nur noch erhalten bleiben die preußischen Ministerien des Innern, der Finanzen und das Kultusministerium. Die heutige Stellung Brachts würde die eines Reichsministers ohne Portefeuille werden, der gleichzeitig mit der Wahrung der Geschäfte des preußischen Innenministers kommissarisch beauftragt wäre. Der Reichsernährungsminister würde mit der Wahrung der Geschäfte des preußischen Landwirtschaftsministeriums kommissarisch beauftragt werden und der Reichswirtschaftsminister mit der des preußischen Handelsministeriums, das allerdings wahrscheinlich erheblich verkleinert werden dürfte.

Das preußische Wohlfahrtsministerium soll ganz verschwinden.

Die Restaufgaben würden andere Ministerien mit übernehmen.

Was das Verhältnis zu dem preußischen Staatsministerium Braun angeht, dem die Hoheitsrechte der Vertretung des Landes zuerkannt sind, so hofft man zuversichtlich, sich über die Zuständigkeitsfragen in der Praxis zu einigen. Am Sonnabend wird Braun von Hindenburg empfangen werden.

•

Besonders wichtig ist ferner die Feststellung, daß die **Reichsregierung der Meinung Otto Brauns nicht zustimme, wonach der Reichskommissar nur Maßnahmen ergreifen dürfe, die der Sicherung von Ruhe und Ordnung dienen.**

Es sei vielmehr so, daß der alten preußischen Regierung nur die sogenannten Reichsratsbefugnisse zugebilligt worden seien, sodaß sie also nur ganz beschränkte Rechte zu beanspruchen habe. Für den Verkehr zwischen der Braun- und Bracht-Regierung wird wahrscheinlich eine besondere Dienststelle eingerichtet werden.

Das Leipziger Urteil hat ausdrücklich erklärt, daß die Notverordnung vom 20. Juli

nur zu rechtfertigen sei aus Gründen der Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Bei der juristischen Fixigkeit der Kronjuristen (wie Schmitt u. ä.) allerdings war zu erwarten, daß jeder mit diesem Urteil machen würde, wozu Laune und Macht ihn befähigen (wozu die Rechtspresse auch unverhüllt antreibt!). Preußen wird also durch die Reichsregierung weiter verschluckt werden, wie dies zum Beispiel der an anderer Stelle mitgeteilte

neue Schub von politischen Beamten

schlagend beweist. Es stellt sich also klar heraus, daß die Entscheidung über die Entwicklung in Deutschland und Preußen von juristischen und vor allem rechtlichen Erwägungen ziemlich unabhängig sein wird. Ein bloßer Machtkampf hat hier eingesetzt.

•

Hindenburg hat versichert, daß Papen nach wie vor der Mann seines Vertrauens ist.

Die „Nationalsozialistische Korrespondenz" fordert den Rücktritt Papens und, falls er dies nicht von selber tue, von Hindenburg, daß er ihm den Stuhl vor die Tür setzt.

AUS DEM INHALT:

Zu Leonard Nelsons Todestag.
Unter den Rädern der Justiz.
Mieterstreik erfolgreich beendet.
Papens Taten — Papens Erfolge.
Ausstellung gegen den Japan-China-Krieg.

13. Parteitag der spanischen Sozialdemokratie.

H. P. **Madrid**, Oktober 1932.

Zum ersten Mal nach dem Sturz der Monarchie trat die Sozialdemokratische Partei Spaniens (SPS) wieder zu einem ordentlichen Kongreß zusammen, an dem annähernd 500 Delegierte teilnahmen. Die Zahl der Mitglieder der Partei beträgt jetzt — wie aus den Berichten hervorgeht — 80 000. Interessant ist das rasche Tempo ihres Wachstum: Ende 1928 hatte sie 8 017 Mitglieder, Ende 1929 15 181, Ende 1930 schon 23 009, und Ende 1931 zählte sie 66 506 Mitglieder! In den Cortes hat die SPS von insgesamt 470 Sitzen 117 inne und ist damit die stärkste Fraktion. In der Regierung wird sie durch drei Mitglieder vertreten: Fernando de los Rios (Unterrichtsminister), Indalecio Prieto (Minister für öffentliche Arbeiten) und Francisco Largo Caballero (Arbeitsminister). Der Präsident der Cortes, Julián Basteiro, ist ebenfalls Parteimitglied und war bis kurz vor dem Umsturz Vorsitzender der SPS.

Die Beteiligung an der Regierung.

Die ganze politische Welt der jungen Republik sah den Ergebnissen des Kongresses mit großem Interesse entgegen. Es ging ihr hauptsächlich um die Frage: Wird die Linke der Partei auf dem Kongreß siegen und die sozialistischen Minister veranlassen, von der Regierung zurückzutreten, wird die Partei in die Opposition gehen?

Die Furcht war unbegründet. Nicht der Kongreß bestimmte über die Minister, sondern umgekehrt — die Minister hatten den Kongreß in der Hand.

Die Wortführer der Opposition, Basteiro und Saborit, hatten schon bei den vorangegangenen Sitzungen an Boden verloren. Vor überfülltem Saal setzten nun die Ministergenossen ihre Argumente für das Verbleiben in der Regierung auseinander und zerstreuten damit alle Bedenken und Zweifel. Dem Parteitag gaben sie den einleuchtenden Rat, eine Mehrheit zu gewinnen, damit die sozialistischen Minister dann sozialistische Politik machen können. Manche fühlen hier den Haken: Wie soll man die Mehrheit gewinnen, solange sozialistische Minister keine sozialistische Politik machen?

Der Parteitag entschied, daß die Bedingungen für den Austritt aus der Regierung noch nicht gegeben seien und daß der Parteiausschuß darüber entscheiden könne, wann der Rücktritt erfolgen solle.

Man kann freilich manches aussetzen an der Ministertätigkeit der drei Sozialdemokraten. Sie haben keine theoretische Schulung, wie ihre deutschen Kollegen, die auf so unrühmliche Art aus ihrer letzten Bastion hinausgeführt wurden. Sie haben aber etwas mehr Tatkraft und scheuen sich nicht, das Wort „Revolution" selbst als Minister in den Mund zu nehmen. Nimmt man hinzu, daß in manchen Parteistellen viele junge Kräfte stehen, daß im Lande draußen die Mitglieder an revolutionärem Wollen den Kommunisten in nichts nachstehen, und daß die Teilnahme an Parteiveranstaltungen als Pflicht anerkannt wird und darum auch erfreulich rege ist, dann übersieht man manche Schwächen und gewinnt Hoffnung, daß aus der spanischen Revolution noch etwas Gutes wird. Die Energie ist in diesem Kongreß deutlich zu fühlen gewesen. Sie ist noch nicht erlahmt und wird auch nicht erlahmen, solange die jungen Kräfte auf der linken Seite stehen.

Sozialistische Minister könnten heute in Spanien nützliche Arbeit leisten, wenn sie es sich zum Ziel machten, günstige Bedingungen zu schaffen für den letzten Schlag gegen die herrschende Klasse. Aber vor dieser Aufgabe schreckt die Partei zurück, weil sie, gemäß dem Phasenschema ihrer Lehre annimmt, daß erst die Entwicklung der bürgerlichen Republik erfolgen müsse, und sie begrüßt deshalb die Einigungsbestrebungen des republikanischen Bürgertums unter Führung Azañas und hofft, daß ein starker Bürgerblock ihr demnächst die schwere Last der Regierungsbeteiligung aus der Hand nimmt. Zu solch eigenartigen Konsequenzen führt die Theorie einer Klassenkampfpartei. Der Gegner muß erst groß gezogen werden, damit das dialektische Spiel ordentlich funktioniert.

Es ist aber wahrscheinlicher, daß sich hinter dieser Theorie das nicht unbegründete Gefühl der Schwäche verbirgt. Die Partei ist ideologisch keineswegs vorbereitet, den Staatsapparat zu übernehmen. Es fehlen ihr die Männer mit klaren Auffassungen über die vordringlichsten Aufgaben nach einer Revolution. Einige Funktionäre haben mir versichert, daß die demokratische Staatsform für die Partei nur ein Mittel ist, auf das sie verzichtet, wenn ihre Kräfte eine Diktatur gegen das Bürgertum erlauben. Es steht sehr dahin, ob dies auch die Auffassung der Parteiführer ist.

Leider sind die Lehren, die sich für die ganze internationale Arbeiterbewegung aus der jüngsten deutschen Geschichte ergeben, mit Beharrlichkeit übersehen, mit keinem Wort erwähnt worden. Wohl hat man auf Frankreich, Belgien und Schweden Bezug genommen und versucht, die Regierungsbeteiligung mit diesen Hinweisen zu rechtfertigen. Es steht zu befürchten, daß man die Lehren der SPD übersehen *will*, weil deren ernsthafte Prüfung zu Konsequenzen führen könnte, die den Parteikarren aus dem schön eingefahrenen Geleise werfen könnte.

Wer hungert, wird verprügelt!

Polizei gegen die Hungerdemonstration im Hyde Park.

An der Kundgebung der 2000 englischen Hungerdemonstranten, die am Donnerstag in London stattfand, nahmen insgesamt etwa 30 000 Londoner Arbeiter teil. Aus allen Teilen der Stadt bewegten sich lange Demonstrationszüge auf den Hyde Park zu, an dessen Eingängen der Verkehr vollkommen lahmgelegt war. Bei der Kundgebung wurde gleichzeitig von 30 Plattformen gesprochen.

Die Demonstrationen und die Kundgebung im Park verliefen völlig ruhig, bis die Polizei plötzlich — infolge einiger Plänkeleien mit Zuschauern — scharf mit dem Gummiknüppel vorging. Die Menge antwortete mit Steinen und anderen Wurfgeschossen, einige versuchten, den Polizeipferden Sand in die Augen zu werfen, um sie scheu zu machen. Es kam zu wüsten Szenen, bei denen etwa 50 Personen, darunter mehrere Polizisten, verwundet wurden. In der Gegend des Hyde Park wurden viele Ladenfenster zerbrochen und Gebäude beschädigt. — Nach den Berichten über diese Ereignisse scheint es klar zu sein, daß die Demonstration vollkommen ruhig verlaufen wäre, wenn die Polizei nicht in übergroßem Maße mobilisiert und in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden wäre.

Völlig in Einklang mit dieser Art, die Erwerbslosen wie gefährliche Verbrecher zu behandeln, vor denen man die friedliche Bevölkerung Londons mit 18 000 Polizisten beschützen muß, steht auch die Weigerung des Parlaments, eine Abordnung der Hungerdemonstranten zu empfangen. Diese werden nun, nachdem der Antrag der Unabhängigen Arbeiter-Partei zurückgewiesen worden ist, in einer Bittschrift an das Parlament um ihre Vorlassung ersuchen.

Der Haß gegen die Guardia Civil.

Dieser Haß kaum auf dem Kongreß unverhohlen zum Ausdruck. Diese noch immer monarchistisch-reaktionäre Truppe spielt sich auf dem Lande als Privatarmee der „Kaziken" auf (willkürlich herrschende Landjunker, denen oft ganze Dörfer gehören und die Despoten in ihrem Reiche sind) und geht brutal gegen hungernde Landarbeiter vor. Ein Vorstandsmitglied meinte, gegen diesen Zustand könne man am besten durch Wahlen vorgehen. Es ist zweifelhaft, ob dieser Rat für die Dorfbewohner sehr tröstlich ist, in deren — glücklicherweise noch einfachen — Gehirne es nicht hineingeht, daß ein Stimmzettel das Wunder bewirkt, sie von der Plage der Guardia Civil zu befreien. Der radikale Antrag auf sofortige Auflösung der Guardia Civil

und Erichtung einer republikanischen Landgendarmerie schien den Ministern nicht zu gefallen. Sie wollten das Wort „Auflösung" durch „Umwandlung" ersetzen; aber der Parteitag blieb bei der Auflösung.

Sonderbare Pazifisten.

Auch radikale Anträge gegen den Militarismus, z. B. für Abschaffung des Heeres, revolutionäre Streiks gegen den kapitalistischen Krieg u. s. w., paßten nicht in das Konzept der Regierungskollegen Azañas, der bekanntlich an der Schaffung eines neuen Heeres arbeitet. Es gelang ihnen, den Kongreß dazu zu bewegen, die Abschaffung des Heeres nicht zu „fordern", sondern „anzustreben"! De los Ríos fand plötzlich, im Gegensatz zu seiner sonstigen Ansicht über den Wert der Bildung und Kultur, daß ein Volk ohne Waffen heute verachtet werde. Largo Caballero macht die unwahrscheinliche Angabe, daß der größere Teil der Ausgaben für Lazarette bestimmt sei. Zu diesem Argument paßt das andere vorzüglich:

„Wir Sozialisten sind Feinde des Militarismus und müssen es bleiben. Aber wenn wir jetzt die Fabrikation der Waffen einstellen wollten, dann würden Tausende von Arbeitern auf die Straße fliegen. ..."

Es wird nicht alles gegen die Reaktion getan.

Die größte Gefahr sind auch hier die demokratischen Illusionen. Wie gefährlich der Weg ist, auf dem die SPS wandelt, zeigt folgender Ausspruch eines Parlamentariers:

„Wir müssen eine nachgiebige Politik treiben und Opfer bringen, was im Lande draußen und leider von den eigenen Parteigenossen nicht immer verstanden wird. Ihr müßt die Arbeitermassen erziehen, um eine Mehrheit zu erlangen, mit der wir dann eine rein sozialistische Politik durchführen können."

Die enge Verbindung von Partei und Gewerkschaft verhindert die Zusammenfassung der ganzen Arbeiterschaft in der Gewerkschaft. Solange die Arbeiterschaft in zwei gleich große und einander feindliche Lager geteilt ist, hat die Reaktion Aussicht auf Erfolge. Im „Funken" ist bereits über die Gefahren der Gesetzgebung auf gewerkschaftlichem Gebiet hingewiesen worden. Andere Gesetze, die einer bürgerlichen Regierung willkommene Handhaben gegen *jede* Richtung der Arbeiterbewegung bieten, sind in Vorbereitung.

Auf kollektivistischen Pfaden.

In Spanien kann man jetzt besonders gut beobachten, wie das Dogma von der Planwirtschaft die SPS unfähig macht, einen anderen Ausweg aus der Krise zu finden, als den, die Behörden aufzufordern, einen Plan auszuarbeiten! Dazu kommt, daß in der Partei die Wirtschaftssachverständigen fehlen.

Die SPS wendet sich gegen die indirekten Steuern und verlangt deren Abschaffung. Dagegen sollen erhöht werden die Kapitaleinkommensteuer, Wertzuwachssteuer, Besitzsteuer und Besitzwechselsteuer, die Luxussteuer u. s. w., Steuern also, die am richtigen Orte sind und die Kaufkraft der Massen nicht besteuern.

Die SPS verlangt die sofortige Anerkennung der Sowjet-Union durch Spanien und findet es unverständlich, daß Spanien in Rom zweimal vertreten ist, bei Mussolini und beim Papst, während in Moskau kein spanischer Vertreter die Geschäfte führt.

Der neue alte Kurs.

Die Neuwahl brachte dem gemäßigten Flügel den erwarteten Sieg. Largo Caballero wurde mit 15 817 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Der Gegenkandidat Basteiro vereinigte auf sich 14 261 Stimmen, unterlag also nur knapp. Der Kurs für die nächste Zeit ist deutlich vorgezeichnet: Nachgiebige Politik an der Seite des auf dem Boden der Republik sich sammelnden Bürgertums.

Außenpolitische Aussprache
in der französischen Kammer.

Herriot hat sich bereit erklärt, dem Antrag Franklin-Bouillons, den französischen Abrüstungsplan in der Kammer zu beraten, doch nachzugeben — anscheinend sind die Streitigkeiten zwischen Regierung und Generalstab wirklich beigelegt. Auf eine Besprechung der Kriegsschuldenfrage will Herriot sich dagegen nicht einlassen. Marin hat seinen dahingehenden Antrag zurückgezogen. — Der Frieden ist also wieder hergestellt.

Ausstellung gegen den Japan-China-Krieg.

In dem Antikriegs-Museum von Ernst Friedrich ist eine Ausstellung über den japanisch-chinesischen Krieg (geöffnet von 10 bis 19 Uhr).

Was einem zuerst in die Augen springt, sind zwei große, nebeneinanderhängende Bilder; das eine zeigt den Kopf eines japanischen und das andere den eines chinesischen Soldaten, die etwa 18 Jahre alt sein mögen. Beide sehen gleich intelligent und schön aus; aus den Augen leuchten Lebenskraft und Energie ihrer blühenden Jugendjahre. Wie gut könnten sie Freunde oder Kameraden sein, hätten sie sich auf andere Weise kennengelernt! Doch sie sind heute auf dem Schlachtfeld in China und werden vielleicht nicht eher aufhören, aufeinander zu schießen, bis der eine den andern getötet hat. Sie tun, als ob sie Feinde wären, weil man sie an die Front gejagt hat; man betrügt sie.

Ein Bild zeigt das chinesische Stadtviertel Tschapei, in dem der übliche lebhafte Verkehr herrscht. In der Luft wehen unzählige Fahnen, die aus den Ladenfenstern heraushängen. Auf der Straße sind Menschen und Fahrzeuge in mannigfacher Art: ein buntes, wirklich chinesisches Bild. Im nächsten Augenblick sieht man nur noch die Ruinen dieser Stadt! So sind auch andere chinesische Städte in der Mandschurei zerstört worden.

Eine große Reihe von Bildern zeigt nichts anderes als Elend und Grausamkeit, die Werke des japanisch-chinesischen Krieges: Reste von bombardierten Häusern, Schützengräben, Leichen und Leichenteile, die auf Wegen und Feldern verstreut liegen, Bauern und Arbeiter, die von der Kugel getroffen, niedersinken. Flüchtlinge, darunter auch Europäer, mit Kindern und ihrer letzten Habe. Einige von ihnen, die seit Tagen nichts zu essen hatten, kamen in Tientsin zusammen und wurden dort von den Wohlfahrtsbehörden mit Reissuppe bewirtet. Auf dem Gesicht tragen sie diesen Ausdruck des Elends, der Freude und auch des Glücks. In mir empörte sich das Blut. Ich wandte meinen Blick weiter.

Auf einem Plakat schwören die Chinesen, das Unrecht und die nationale Schande mit Blut zu rächen; auf einem anderen steht ein japanischer Soldat vor einem chinesischen öffentlichen Gebäude, an dessen Tür zu lesen ist: dauernde Besetzung. Auf einem Bild sieht man, wie der Kriegshaß in Japan durch die zeremonielle Bestattung der Gefallenen geschürt wird. Also fern ist noch die Hoffnung auf Kriegsende! Auf diese Weise wird der nationalistische Geist entfacht und gepflegt, der einen rechtlichen Verkehr zwischen den Staaten verhindert!

Einige andere Bilder zeigen die Grausamkeit der Hinrichtung in China. Enthauptete Körper liegen im Blut, die Köpfe sind auf lange Stangen gespießt. Sie haben einen furchtbaren und schauerlichen Blick. Man kann fast auf ihren krampfentstellten Gesichtern noch den Schmerz erkennen. Auf einem Bild daneben steht stolz der Henker und wischt das blutige Beil ab.

Diese grausamen Hinrichtungen kenne ich. Ich habe sie selber gesehen, als die Kuomintang 1927 die Kommunisten ausrotten wollte. Auch heute werden Kommunisten hingerichtet, sobald sie entdeckt werden. Die Hinrichtung ist furchtbar. Doch kann ich nicht sagen, daß die Massenhinrichtung durch Maschinengewehre und Giftgase weniger grausam ist. Im Gegenteil! Doch über diese Unkultur schämt sich niemand. In Deutschland und in den meisten anderen Ländern Europas spürt man überall nationalistischen Geist und Kriegsstimmung. Umso wichtiger wird die Aufgabe aller Sozialisten und aller anderen Recht und Kultur liebenden Menschen, dieses Unrecht und diese Unkultur mit aller Kraft zu bekämpfen!

Chi-Yin Chen.

Die mandschurische Regierung hat beschlossen, den Vorsitzenden des Verwaltungsrats der chinesischen Ostbahn zum mandschurischen Geschäftsträger in Moskau zu ernennen.

Die „verd... Polen".
Das „Großpolnische Lager" in den Grenzprovinzen verboten!

Nachdem vor wenigen Wochen die Kampforganisation der nationaldemokratischen Partei, „das großpolnische Lager", in der Wojwodschaft Pommerellen verboten worden ist, ist sie nun auch in Posen aufgelöst worden. Die Organisation hatte in Pommerellen 60 000, in Posen 100 000 Mitglieder.

Diese Organisation hat in ihrer Presse eifrig gegen Deutschland gehetzt und damit der deutschen nationalistischen Presse Schlagzeilen geliefert.

Wie leid muß es den Polenfressern um Hugenberg tun, daß ihre besten Gift-Lieferanten fort sind.

Das dänische Folketing ist auf Veranlassung des dänischen Königs aufgelöst worden, weil die Regierung bei ihren handelspolitischen Plänen keine Mehrheit hinter sich hatte. Die Folketing-Wahlen sollen am 16. November stattfinden.

Ernst und Heiterkeit.
Zu Leonard Nelsons Todestag
am 29. Oktober 1927.

Vor fünf Jahren ist Leonard Nelson gestorben, der kühne Anwalt der politischen Ideen, die wir im „Funken" vertreten, unser eigener Lehrer und Freund. Wir waren z. T. Sozialisten und Freidenker, ehe wir seine Schüler und Mitarbeiter wurden. Viele von uns waren ihm an proletarischer Erfahrung voraus. Aber alle haben wir das Eine gelernt — was uns nicht nur mit ihm, sondern weit tiefer noch mit dem Kampf für den Sozialismus verband:

daß dieser Kampf eine unumstößliche Forderung der Gerechtigkeit ist,

daß weder der Mangel an Eignung, noch das Versagen des persönlichen Interesses, noch auch die Zugehörigkeit zu einem Beruf, zu einer Klasse die Menschen von der Pflicht entbindet, für die Abschaffung der Ausbeutung alle verfügbaren Kräfte herzugeben.

Die Möglichkeit, unter Nelsons wissenschaftlicher Führung die Wahrheit dieser Forderung zu erkennen, in ihr ein Gebot der vernünftigen Selbstbestimmung zu entdecken, das Dogma des historischen Materialismus zu überwinden, war nicht die beste Gabe, die wir diesem Genossen verdanken. Viele von uns haben nie die Gelegenheit gehabt, unter ihm geistig zu arbeiten. Aber in den von ihm geschaffenen Organisationen pocht die Kraft von Forderungen, wird

die Verbindung von Einsicht und Tat fühlbar, und diese in unser Leben eingedrungene Wahrheit hat uns ergriffen und hat uns die Macht und die Größe der Rechtsidee erfahren lassen.

Charaktere zu bilden im täglichen Kampf ums Recht, sich schützend vor Kinder und Tiere zu stellen, Seite an Seite neben die Genossen, angreifend vor die Ausbeuter in allen Lagern, diese praktische Uebung des Willens haben wir durch Nelson achten gelernt.

Die Bereitschaft zu solchen Anstrengungen entsprang bei ihm keineswegs der unmittelbar pädagogischen Absicht: Menschen dahin zu bringen, aus sich selber gut zu sein. Das von den heutigen Machthabern systematisch geübte Unrecht beraubt Millionen der Freiheit, ihre Kräfte zu gebrauchen und zu entfalten, stiehlt ihnen die Möglichkeit, an etwas anderes zu denken als wie man satt wird, seine Stube behält oder sich hie und da ein billiges Vergnügen verschafft. Die nächste Aufgabe kann daher nur die sein, die Urheber jenes Systems zu beseitigen.

Nelsons moralische Energie richtete sich also auf ein politisches Ziel. Sie entsprang der nüchternen Einsicht, daß die Verwirklichung des Rechts in der Gesellschaft durch äußere Gewalt gesichert werden muß und daß der Kampf ums Recht zu Machtkämpfen führt. Da die Reinerhaltung des Ziels — die Errichtung einer ausbeutungsfreien Gesellschaft — inmitten solcher Machtkämpfe aber nicht selber wieder durch bloße äußere Machtmittel garantiert werden kann, bleibt nur der Weg, sie durch die Macht des unbestechlichen Charakters zu verbürgen.

Im Dienst einer politischen Aufgabe also entsteht hier die Notwendigkeit der Festigung des Willens, der Unterwerfung der Neigungen unter die Anforderungen der Sittlichkeit.

*

Welche Erwartungen hat Nelson daran geknüpft, Menschen an eine solche Aufgabe zu fesseln?

Er war sich darüber klar oder lernte es aus Erfahrung, daß keine der heute bestehenden Organisationen die Verbindung zwischen Politik und moralischer Verantwortung in dem Sinn anerkennt, wie er sie als Voraussetzung für eine sinnvolle politische Arbeit forderte — weder eine der bestehenden Schulen, noch eine der bestehenden Parteien. Er war daher genötigt, Organisationen des Rechts selber erst zu schaffen, damit zu beginnen, zunächst an die Einzelkräfte im Menschen zu appellieren und den Zusammenschluß dieser Einzelkräfte zu organisierter Arbeit allmählich erst in Gang zu setzen.

Das Vertrauen in das Vorhandensein solcher Kräfte im Menschen brauchte Nelson nicht erst künstlich in sich zu entfachen.

Das Vertrauen in die Vernunft des Menschen war die Grundlage seines Denkens, seiner gesamten Lebensansicht.

Er hat diese Grundlage mit den Methoden der Wissenschaft nachgeprüft; dabei gelangte er zu einer tieferen Einsicht in das Wesen der Vernunft. Aber sein ursprüngliches Vertrauen in die Bedeutung dieses Vermögens bedurfte dieser Nachprüfung nicht.

Nach Abschluß derselben ging er an die Verwirklichung seiner Aufgaben: er fing an, Genossen in die Rechtsideen einzuführen und mit ihnen praktisch politisch zu arbeiten.

*

An seinem Todestag heute kommt mir die Erinnerung an jene Anfänge, die noch während des Krieges einsetzten. Unvergeßlich für die Teilnehmer ist der Einführungs-Abend der ersten Kurswoche geblieben, an dem er über die Bedingungen der gemeinsamen Arbeit, wie sie ihm vorschwebte, sprach. Er nannte zunächst die *äußeren* Bedingungen, feste und klare Anforderungen, die jeder zu erfüllen hatte, der an dieser Arbeit teilnehmen wollte. Danach ging er zu den inneren Bedingungen über, zu den Kräften, die der Mensch mitbringen sollte, der sich zu einer solchen Aufgabe entschließt. Die meisten erwarteten, etwas über Klarheit des Denkens, Ausdauer, Fleiß, Umsicht und ähnliche Fähigkeiten zu hören. Nelson erwähnte diese Kräfte nicht mit einem Wort; er sprach von einer ganz anderen Fähigkeit des Menschen und zeigte den Zusammenhang zwischen dieser Kraft und der vor uns stehenden Aufgabe.

Er sprach von der Heiterkeit des Menschen, die er das hervorstechendste und schönste Kennzeichen des unverdorbenen Menschen nannte. Diese Heiterkeit des Unverdorbenen — wie er sie verstand — entspringt nicht irgend einem Leichtsinn, „sie ist nicht die Folge einer vom Ernst des Lebens unberührten Unerfahrenheit", sie kann vielmehr mit der Erfahrenheit jedes Alters Hand in Hand gehen.

Nelson stellte die Frage nach dem Ursprung dieser Heiterkeit, nach dem tieferen Grund, aus dem sie selber ihre Kraft zieht — und deckte ihn auf. Der Grund liegt in dem

Vertrauen in die Kraft des Menschen, der Aufgaben Herr zu werden, die er sich gesetzt hat.

Dieses Vertrauen kann man spüren: es äußert sich in der Kühnheit, mit der solche Menschen ans Werk gehen, in der Entschlossenheit, mit der sie Hindernissen standhalten, in der Glaubenskraft, mit der sie den eigenen und fremden Zweifeln entgegentreten. Wer dieses Vertrauen besitzt, den Ernst dieses Vertrauens, und ihm folgt — ist heiter. Heiterkeit und Ernst stehen also — so befremdlich das im ersten Augenblick klingen mag — in einem tiefen und unmittelbaren Zusammenhang.

Nach der Heiterkeit, die in solchem Ernst wurzelt, hielt Nelson Ausschau bei der Suche nach Menschen. An diesen zarten und reinen Ansatz knüpfte er das Gewebe seiner Forderungen, im Innersten überzeugt, daß jener Ansatz sich festigt, wenn die Organisation nur auf der Hut ist, mit den Hoffnungen ihrer Genossen keinen Mißbrauch zu treiben.

*

In späteren Jahren hat Nelson den Zusammenhang von Ernst und Heiterkeit bei einer anderen Gelegenheit in strengere Worte gekleidet:

„Das ist das Große und Bezwingende der Rechtsidee, daß sie eine bestimmte Aufgabe stellt, daß sie diese bestimmte Aufgabe als notwendig erkennen läßt, daß sie deren Erfüllung als Grundbedingung eines menschenwürdigen Daseins erweist und damit dem, was der Mensch sein soll, eine klare und sichere Richtung gibt."

Aber jene klare und einfache Antwort, die er auf die Frage nach der Verwirklichungsmöglichkeit seines Ziels zu Beginn seiner Arbeit fand, ist, obwohl er später selten mehr über diese Anschauungen sprach, in Wahrheit nie aus seinem Bewußtsein gewichen. Oft hat er ihre Wahrheit bestätigt gefunden, niemals stärker als bei dem Menschen, dessen politische Kraft er über die aller seiner anderen Zeitgenossen stellte, bei Lenin. In diesem Revolutionär fand Nelson jene Heiterkeit, die aus der Sicherheit der eigenen Ueberzeugung entspringt. In Lenin lebte das ruhige Bewußtsein, daß sein Leben dem Kampf gehörte, und der Glaube, daß Menschen diesen Kampf gewinnen können. Kann es eine tiefere und reinere Quelle der Heiterkeit geben?

Minna Specht

Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft?

K. und M., zwei freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, diskutieren lebhaft über die Frage, ob Arbeiterorganisationen im Rahmen des heute nun einmal bestehenden freiwilligen Arbeitsdienstes eigene Arbeitsdienstlager einrichten sollen oder nicht. Sie haben bereits eine Reihe — auch die im „Funken" Nr. 236 vom 7. Oktober 1932 aufgeführten — Gründe für und wider die Einrichtung eigener Arbeitsdienstlager durchgesprochen und M., dem es große Sorgen bereitet, daß so viele junge Proletarier in die Lager der Nationalsozialisten laufen, ruft verzweifelt aus:

M.: Mein lieber K., ich gebe ja zu, daß die Einrichtung eigener Arbeitsdienstlager unsere Stoßkraft gegen die Arbeitsdienst-Pflicht hemmt:

ich gebe auch zu, daß wir eine Einrichtung, die nur die Einführung der Arbeitsdienst-*Pflicht* erleichtern soll, nicht unterstützen dürfen;

es ist auch richtig, daß wir dann, wenn wir eigene Arbeitsdienstlager einrichten, nicht mehr gegen die Einrichtung nationalistischer Lager protestieren können;

es ist ebenfalls richtig, daß man die Arbeiterorganisationen daran hindern wird, die Arbeitsdienstlager in ihrem Sinne zu gestalten;

ich sehe auch die Gefahr, die darin besteht, daß man infolge der Zweideutigkeit des Wörtchens „zusätzlich" notwendige Arbeiten dem freiwilligen Arbeitsdienst überträgt

und ich sehe auch noch eine Reihe anderer Gründe, die gegen die Einrichtung eigener Arbeitsdienstlager sprechen. Aber wir müssen doch auch etwas dagegen tun, daß unsere Jugend aus Abenteurerlust und materieller Not in die nationalistischen Lager läuft;

wir müssen zur Linderung der seelischen Not unserer jugendlichen Arbeitslosen beitragen;

wir sollten auch versuchen, die Arbeitsdienstlager zur Propaganda, Schulung und Erziehung in unserem Sinne auszunutzen;

wir haben doch eventuell die Möglichkeit, durch solche Arbeitsdienstlager mit staatlichen Mitteln nützliche Einrichtungen für uns zu schaffen u. ä. m.

Auf jeden Fall aber sollten wir versuchen, mit dem Mittel des freiwilligen Arbeitsdienstes, genau so, wie wir es mit dem Mittel des Parlamentarismus versuchen, aus der kapitalistischen Gesellschaft für die Arbeiterschaft herauszuholen, was herauszuholen ist. Bist du nicht auch dieser Meinung?

K.: Gib' einmal acht, M., daß, was Du für die Einrichtung eigener Arbeitsdienstlager anführst, ist richtig und möglich unter einer Voraussetzung, nämlich, daß die Arbeitsdienstlager von solchen Organisationen eingerichtet und geleitet werden, die es tatsächlich verstehen, diese kapitalistische Einrichtung im Interesse der Ausgebeuteten auszunutzen. Haben wir eine solche Arbeiterorganisation? Du wirst doch zugeben, daß die Organisationen wie SPD, KPD, die Gewerkschaften und alle die anderen Massenorganisationen der Arbeiterschaft *keine Gewähr* dafür bieten. Und wenn wir selbst solche Organisationen hätten, so würden diese, infolge ihrer konsequenten, revolutionären Stellung gegen den heutigen Staat gar nicht als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes zugelassen werden. Und zu den sozialdemokratisch beeinflußten Organisationen, die vielleicht Aussicht hätten, zugelassen zu werden, habe ich kein Vertrauen; mit denen haben wir schon in bezug auf die Ausnutzung des Parlaments im Interesse der Arbeiterschaft genügend üble Erfahrungen gemacht. Mein Schluß aus unseren bisherigen Ueberlegungen ist folgender:

1. Die Arbeiterorganisationen, die in der Lage wären, Arbeitsdienstlager im sozialistischen Sinne zu gestalten, und im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen, werden nicht als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes zugelassen.

2. Die Arbeiterorganisationen aber, die Aussicht haben, von den heutigen kapitalistischen Machthabern als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes zugelassen zu werden, haben so wie sie heute sind, unser schärfstes Mißtrauen; bieten uns keine Gewähr für die Ausnutzung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Interesse der Ausgebeuteten; sie bilden vielleicht sogar eine Gefahr, daß die von ihnen eingerichteten Arbeitslager zu kapitalistischen Zwecken mißbraucht werden.

3. Die Arbeiterorganisationen sollen keine eigenen Arbeitsdienstlager einrichten, sondern die heute bestehenden und den Arbeitsdienst als kapitalistische Einrichtungen aufs schärfste bekämpfen.

M.: Deine Behauptungen 1 und 2 erkenne ich an, aber mir leuchtet der Schluß noch nicht ein, den Du daraus ziehst. Sollten wir nicht versuchen, so wie wir es in den Gewerkschaften tun, auch in den Arbeitsdienstlagern den Kampf gegen den reformistisch-opportunistischen Einfluß der SPD aufzunehmen?

K: Nein, ich bin gegen einen solchen Versuch; denn *erstens* würden diejenigen Arbeitsdienstlager, in denen es uns vielleicht gelingen würde, den sozialdemokratischen Einfluß zu brechen und sie im sozialistisch-revolutionären Sinne auszugestalten, sehr bald aufgelöst werden und unsere ganze Arbeit wäre vergeblich gewesen und *zweitens* haben wir gerade genug zu tun, um den Einfluß der SPD in den Gewerkschaften und den anderen heute bereits bestehenden überparteilichen proletarischen Massenorganisationen zu brechen. Warum sollen wir unsere Kräfte noch mehr zersplittern und sogar noch Organisationen mit gründen helfen, damit wir dann nachher in ihnen gegen den reformistischen Einfluß der SPD kämpfen können? Nein, ich bin

für eine klare Parole gegen den freiwilligen Arbeitsdienst und die Arbeitsdienstlager,

und wir sollten lieber in den Gewerkschaften dafür Propaganda machen, daß auch diese den Kampf gegen den freiwilligen Arbeitsdienst in jeder Form aufnehmen. Was meinst Du?

M.: Du hast recht! **Wir dürfen unsere Kräfte heute nicht noch mehr zersplittern.** Und mir scheint jetzt auch, als könnte die Einrichtung von Arbeitsdienstlagern durch die Gewerkschaften oder anderen proletarischen Organisationen nur ein Mittel werden, um die Einheitsfront-Bestrebungen der Arbeiterschaft zu stören, da doch die revolutionär eingestellten Arbeiterparteien, wie der ISK, die KPD und die SAP, dafür garnicht erst in Frage kämen. Wir wollen lieber versuchen,

die Ablehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienst-Pflicht zu einer Einheitsfrontaufgabe

zu machen.

K.: Wir sind uns also einig in der Ablehnung der Arbeitsdienstlager; versuchen wir nun auch die anderen Kollegen und Genossen von unserer Auffassung zu überzeugen. Also mach's gut!

Einheit!

Fritz Metz (Zwickau).

21 Wahlvorschläge.

Wie bei der vorigen Wahl, hat der Reichswahlausschuß 21 Reichswahlvorschläge zugelassen, bei denen mindestens ein geschlossener Wahlkreisvorschlag vorhanden ist:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitler-Bewegung).
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
3. Kommunistische Partei Deutschlands.
4. Deutsche Zentrumspartei.
5. Deutschnationale Volkspartei.
6. Bayerische Volkspartei.
8. Deutsche Staatspartei.
9. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).
11. Deutsche Bauernpartei.
12. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund).
15. Gerechtigkeitsbewegung Meißner.
16. Großdeutsche Mittelstandspartei für Mittelstandsdiktatur.
17. Sozial-Republikanische Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung).
18. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.
19. Nationale Minderheiten in Deutschland.
20. Großdeutsche Volkspartei (Liste Schmalix) und Nationalsoziale Partei der Mitte (Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirte, Haus- und Grundbesitzer).
21. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft).
22. Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Balitkum-, Oberschlesien-, Grenzschutz- und Freikorpskämpfer).
23. Deutsche Kaiserpartei.
24. Deutsche Präsidial-Partei.
25. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Wahlmöglichkeit für Reisende.

Am 6. November kann auf folgenden Bahnhöfen gewählt werden (Bekanntgabe der Abstimmungszeiten in den Zügen): Aachen Hbf., Augsburg Hbf., Bentheim, Berlin (Anhalter Bf., Friedrichstraße, Görlitzer Bf., Lehrter Bf., Potsdamer Bf., Schlesischer Bf., Stettiner Bf., Zoologischer Garten), Bremen Hbf., Breslau Hbf., Charlottenburg, Cranenburg, Dt.-Eylau, Dresden Hbf., Emmerich, Erfurt, Flensburg, Frankfurt a. M. Hbf., Freiburg (Br.), Freilassing (gegenüber dem Bahnhof im Bahnhofshotel Föckerer), Friedrichshafen (Hafenbahnhof), Groß-Boschpol (Pommern), Hagenow Land, Hamburg Hbf., Hannover Hbf., Insterburg, Karlsruhe Hbf., Kehl, Koblenz, Köln Hbf., Königsberg (Pr.) Hbf., Leipzig Hbf., Lindau, Marienburg (Westpr.), Mittenwald (im Rathaus in der Nähe des Bahnhofs), München Hbf., Münster (Westf.) Hbf., Nürnberg Hbf., Passau, Regensburg, Saßnitz-Hafen, Stettin Hbf., Stuttgart Hbf., Tilsit, Trier, Warnemünde.

Meicher im Wahlkampf.

In Berlin wurden am Donnerstag drei kommunistische Versammlungen mit verschiedenen Begründungen aufgelöst.

Sie machen madig!

Sozialdemokratische Kampfmethoden!

A.K. Im Braunschweiger „Volksfreund" (SPD) vom 24. Oktober finden wir folgende Notiz: „Kommunistische Bettelstudenten. In den Arbeitervierteln der Stadt ziehen in den letzten Tagen Kommunisten umher, die nach einigen Strophen mißtönenden Gesanges die Wohnungen „abklappen" und Geld sammeln. Nach Empfang des Geldes zückt der kommunistische „Fechter" ein Notizbuch und verzeichnet darin den Namen des arglosen Geldgebers. Auf Befragen nach dem Grunde dieses seltsamen Beginnens erklärte auf der Jahnstraße ein bettelnder KPD-Mann: „Wir sammeln für die kommunistische Einheitsfront." Sozialdemokraten haben keine Ursache, dem kommunistischen Wahlfonds ihre sauer verdienten Groschen zuzuführen; also Tasche zu."

Die SPD hat es allerdings nicht nötig, ihren Wahlfonds durch mühevolle Kleinarbeit zu bereichern. Sie läßt ihren Wahlkampf zum großen Teil von den Freien Gewerkschaften finanzieren.

Diese Arbeitsart, mit der auch einmal die Ministersessel und Redaktionsstuben der SPD gezimmert worden sind, mit Ausdrücken wie: „Fechten", „abklappern", „seltsames Benehmen" u. s. w. madig machen zu wollen, liegt eben ganz in der Richtung einer Partei, die nicht nur die Arbeitsmethoden ihrer Gründer vergessen hat, sondern überhaupt vergessen hat, was, Klassenkampf ist.

Parteipolitische Neutralität?

Die Ortsgruppe des Deutschen Freidenker-Verbandes in *Berlin-Britz* hatte nichts Gescheiteres zu tun, als dieser Tage in Gemeinschaft mit anderen Kulturorganisationen eine *Wahlkundgebung für die Sozialdemokratische Partei* zu veranstalten!

Schöne Freidenker, die ausgerechnet für die SP Propaganda machen, obwohl gerade sie es war, die durch ihre Widerstandslosigkeit, ja Begünstigung, die Kulturreaktion erst hoch kommen ließ. Wir erinnern nur an das Konkordat in Preußen. Und um dieser Partei willen lassen sich die Genossen in Britz einen derart offensichtlichen Bruch der parteipolitischen Neutralität zu Schulden kommen.

Die SP hat es leicht, sich über die Wahlfonds-Sammlungen anderer Parteien lustig zu machen, wenn sie ihre Wahlversammlungen von überparteilichen Organisationen veranstalten und also auch finanzieren läßt.

BRUNO GLUCHOWSKI

KOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR (15)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 15

„Sie gehen bis zum Tage mit, Göricke. Und Sie, Gerling, auch. Sie könnten es wohl übernehmen, der Frau des Strugalski Bescheid zu sagen. Die Adresse bekommen Sie auf der Markenkontrolle."

Die Träger nehmen die Bahre auf, gehen langsam den Ueberhau hinunter. Bis in den Querschlag geht der Steiger mit, arbeitet im Geiste schon an dem Unfallbericht. Von Zeit zu Zeit wechseln Günther und Göricke die Träger ab, gehen langsam, um Strugalski nicht unnötige Schmerzen zu bereiten. Bald sind sie am Kreuzgewölbe angelangt. Göricke eilt dem Transport voraus, um den Korb frei zu machen. Am Schacht trifft er auf den Fahrsteiger Gehrmann, der mit den Schleppern herumschnauzt, weil ihm die Förderung nicht flott genug geht.

„Glück auf, Herr Fahrsteiger, wir bringen einen Schwerverletzten."

„So, wer ist es denn?"

„Hauer Strugalski aus Revier II, Flöz 5."

„Korb frei machen, Verletztenzeichen", schreit der Fahrsteiger dem Anschläger zu.

Die Träger kommen mit der Bahre heran.

„Gerling und ich sollen mit zutage, Herr Fahrsteiger, die anderen sollen wieder in den Bau zurück", spricht Göricke, trägt dann mit Günther die Bahre auf den Förderkorb. Der Anschläger gibt das Verletztensignal, langsam setzt sich der Korb in Bewegung. Als er am Tage anlangt, stehen Schlepper und Anschläger um den Schacht herum, streifen mit scheuen, mitleidigen Blicken das verstümmelte Gesicht und die zusammengekrümmte Gestalt des Verunglückten. Schon wieder ein Opfer der Grube. Fast kein Tag vergeht, ohne daß sie einen Verletzten oder einen Toten herausbringen. Günther und Walter tragen ihn in die Verbandstube, der Förderkorb aber saust mit fünfzehn Sekundenmeter Geschwindigkeit in die Tiefe, bringt leere Wagen hinunter, um ebenso schnell heraufzuflitzen mit acht Kohlenwagen. Hier gibt's keine Besinnung, kein Nachdenken über einen Unglücksfall. Kohle muß gefördert werden, Kohle, Kohle und nochmals Kohle.

*

Von Schacht I der Rhenania-Gruben führt an der Menage vorbei ein Feldweg zur Kolonie Rheinhofen. Vom Frühjahr bis zum Spätherbst sieht man auf den parzellierten Feldern Kumpels vor oder nach der Arbeitszeit säen, pflanzen, jäten, hacken und ernten. Obwohl es Arbeit ist, kann man es doch immerhin als Erholung ansprechen, und viele, die aus Landgegenden stammen, haben hier die Illusion, daß sie in der Heimat sind. Ohne ein Stückchen Land wären sie unglücklich, könnten sie sich nicht in dieses rauhe, lärmende Industrieleben schicken. So können sie ihre Kartoffeln und ihren Kohl pflanzen, halten sich Kaninchen, Hühner, Ziegen und wenn's hoch kommt, ein Schwein, fühlen sich als kleine Bauern. Aus ihren Mistkuhlen hinter den Häusern schleppen sie den Dung herbei, graben das Land mit dem Spaten um, lassen sich die Arbeit nicht verdrießen. Ein Stückchen Land ist ihnen Lebensbedürfnis, und noch während des Winters laufen sie zum Häuserverwalter, um die Pacht auf die 20 oder 30 Ruten zu erneuern. Und im Herbst, wenn die Kartoffeln ausgemacht sind, streiten sich die Frauen auf den Höfen beim Auslesen derselben, wer die dicksten hat und wessen Feld die meisten Zentner getragen hat. Kartoffeln im Keller, Kohlen, Wurzeln und ein Fäßchen selbsteingemachten Sauerkrautes, das hilft schon über den Winter.

Jetzt aber stehen die Felder kahl, sind die Schollen gefroren, hängt an den Gräsern weißer Reif. Langsam geht Günther, vom Krankenhaus kommend, in das er den verunglückten Strugalski begleitet hat, an ihnen vorbei. Die Hände hat ihm der Pole gedrückt, als er sich von ihm verabschiedet hat und ihn gebeten, seiner Frau nur ja recht schonend Mitteilung zu machen, von dem Unglück, das sie betroffen hat. Es ist ein schwerer Auftrag für einen jungen Menschen, der Ueberbringer einer schlechten Botschaft zu sein. Aber es ist eine Pflicht der Kameradschaft, der man sich nicht entziehen kann. Einige mit Deputatkohlen beladene Kippkarren poltern an ihm vorüber, entladen ihren schwarzen, staubenden Inhalt vor den Häusern. Mit Eimer und Schippe bewaffnete Männer oder Frauen schleppen sie in die Keller. Ein großer, schwarzer Fleck bleibt auf dem Straßenpflaster und neben ihm ein Häufchen oder ein Haufen Steine, der anzeigt, daß man den Kumpels nicht gerade die besten Kohlen zum Beheizen ihrer Stuben und zum Kochen gibt. Der Kumpel ist geduldig, bezahlt die Steine mit. Man kann es mit ihm machen. Ein Klüngelkers durchzieht, auf einer Blechflöte spielend, die Straßen, macht die Kinder in Aufruhr, die daraufhin von ihren Müttern oder Vätern Lumpen und alte Scheuerklüngel erbetteln, um sie bei dem Flötenspieler gegen ein kleines Spielzeug oder eine Zuckerstange einzutauschen. Von Schacht II aus breitet sich die Kolonie nach allen Seiten unregelmäßig aus. Die Häuser sind aus Backsteinen, schwarz verräuchert, unverputzt. Sie sehen in ihrer Gleichförmigkeit kasernenmäßig aus, haben ein winziges Vorgärtchen, das mit einem Lattenzaun umgeben ist. Die Bürgersteige sind ungepflastert, die Straßen so schmal, daß man sich gegenseitig in die Fenster sehen und die ehelichen Zwistigkeiten der einzelnen Bewohner mitanhören kann. Die Höfe sind groß, und der Boden besteht aus schwarzer, festgestampfter Erde. Sie sind aber durch die vielen Hühnerställe, die sich die Kumpels gebaut haben, derartig eingeengt, daß man sich zwischen den vielen hölzernen Gassen hindurchwinden muß. Auf den freien Stellen flattern Wäschestücke an Leinen im Winde. Fahnen der Armut, denn die Hemden, Hosen, Schürzen und Unterröcke sind vielfach gestopft und geflickt.

In die Knappenstraße biegt Günther ein. Sie liegt dicht an der Kokerei, eine braungelbe Qualmwolke wälzt sich von dort herüber, die offen stehenden Schlafstubenfenster werden geschlossen. Schmutziggrau ist die Straße, nur an einer Seite bebaut. Die andere Seite wird von der Steinhalde von Schacht II eingenommen, am äußersten Ende ist die Hinterfront der Zechenanlagen. Die stinkigen Gase und Qualmschwaden der Kokerei verpesten die Luft, ungesund ist hier das Wohnen. Trostlos beklemmend der Anblick dieser Straße, dieser Proletarierwohnungen, dieser freudlos spielenden Kinder, deren Gesichtszüge weit über ihre Jahre hinaus seltsam ernst anmuten, die das ganze Leid ihrer Klasse schon als Patengeschenk mit in die Wiege bekommen zu haben scheinen.

(Fortsetzung folgt.)

Lohnkämpfe.

Voller Erfolg.

Die Belegschaft der Firmen Corpolla, Löppert und Co., Baustelle *Teltow* bei Berlin, ist am 25. Oktober in den Streik getreten. Sie forderte rückwirkende Bezahlung einer Wasserzulage von 20 Prozent und Bezahlung der Streiktage. In den sofort gebildeten Kampfausschuß wurden zwei Kollegen vom Gesamtverband, einer von der RGO und ein unorganisierter Kollege gewählt. Die Unternehmer haben jetzt die Wasserzulage gewährt und bezahlen die halbe Streikzeit.

Neue Streiks.

900 Pflichtarbeiter legen in Wuppertal die Arbeit nieder. Seit dem 27. Oktober geht in Wuppertal ein Streik zur Erkämpfung besonderer Unterstützungen für Kleidung und Schuhwerk.

Die Belegschaft des Werkes Brunsbüttelkoog der Kali-Chemie AG in Hamburg im Streik. Die Werksleitung hatte durch Anschlag einen achtprozentigen Lohnabbau und eine vierstündige Verkürzung der Arbeitszeit angekündigt. Bei der Abstimmung über den Streik wurden 169 Stimmen für und nur neun Stimmen gegen den Streik abgegeben.

Zu dem Streik bei Tittel und Krüger in Leipzig erfahren wir noch, daß fast sämtliche Arbeiter freigewerkschaftlich organisiert sind. Die streikenden Handwerker haben die Zustimmung des Metallarbeiterverbandes erlangt!

Streik bei der Firma Hänsel und Co. in Forst in der Lausitz. Die Weber weigern sich, nach dem Zweistuhlsystem zu arbeiten und legten zum Protest die Arbeit nieder. Daraufhin beschloß am Mittwoch der Arbeitgeberverband für die Textil-Industrie die *Aussperrung* der gesamten Arbeiterschaft von *Forst* in der Lausitz zum 5. November. Von dieser Aussperrung werden 10 000 Arbeiter betroffen! So sucht man die Arbeiter gegen einander auszuspielen. Kein sehr kluges Manöver des Arbeitgeberverbandes so kurz vor der Wahl.

Zum Gehaltsstreit im mitteldeutschen und Niederlausitzer Braunkohlenrevier. Nachdem die Schiedssprüche, die eine unveränderte Verlängerung der bisherigen Gehaltsabkommen vorsahen, von Arbeitgeberseite abgelehnt waren, fanden am 24. d. M. infolge der Anträge der Angestelltenverbände auf Verbindlicherklärung jener Schiedssprüche Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt. Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Tarifparteien, die die bisherigen Gehaltsstaffeln bis zum 31. März 1933 mit der Maßgabe verlängert, daß die Dienstalterszulagen in den einzelnen Gruppen eine Verminderung um 1,10 bis 1,50 Mark im Monat erfahren. Beide Tarifparteien haben sich das Recht des Widerrufs dieser Vereinbarung bis zum Ende des Monats vorbehalten.

Tarifabschluß für das Münchener Schuhmachergewerbe. Im Wege der Vereinbarung wurde ein neuer Lohn- und Manteltarifvertrag abgeschlossen. In der Klasse I ermäßigen sich sämtliche Akkordsätze um 5 Prozent, desgleichen in Klasse II sämtliche Akkordsätze in Reparaturen und Extrarbeiten. In Klasse Ia (höchste Klasse) beträgt der Stundenlohn für Neuarbeiten 85 Pf. (bisher 91 Pf.), für Reparaturen 75 Pf. (bisher 81 Pf.). Der Heimarbeiterzuschlag beträgt in dieser Klasse 12 Prozent. Der Stundenlohn für Zuschneider ist 94 Pf. (102 Pf.), für Vrorichter 84 (91) Pf., für Steppperinnen 63 (69) Pf.

Verkehrsstreik in Tokio.

In Tokio ist seit Mittwoch ein Verkehrsstreik im Gang, da die Lohnverhandlungen des Transportarbeiter-Verbandes die Straßenbahnbeamten gescheitert sind. Die Polizei hat 10 000 Mann zur „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" und zur Technischen Nothilfe mobilisiert. Die Polizeiverwaltung hat außerdem verlangt, daß ein Schiedsgericht eingesetzt wird, zu dem beide Parteien je drei Mann stellen. Die Gewerkschaftsführer haben sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, allerdings ohne den Schiedsspruch für bindend anzusehen. Hierdurch wird zum ersten Mal in Japan ein Schiedsgericht eingesetzt, obwohl es schon 1926 in einem Gesetz zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten verlangt wurde.

Not treibt zum Arbeiten — das Arbeiten wird bestraft.

Berlin, 27. Oktober.

Der Arbeiter M. hat gegen ein Urteil auf 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis Berufung eingelegt und steht nun vor dem Einzelrichter. Sein „Verbrechen" bestand darin, sich als Arbeitsloser auf dem Anhalter Bahnhof durch Gepäckträgerdienste einige Groschen verdient zu haben. Er ist bisher völlig unbescholten und wäre es wahrscheinlich auch noch in Zukunft geblieben, wenn ihn nicht die Not dazu getrieben hätte, immer wieder den amtlichen Bahnhofsgepäckträgern Konkurrenz zu machen. Zweimal schon hatte ihn die Bahnhofsverwaltung vom Bahnhof verwiesen und das Betreten desselben untersagt. Beim dritten Mal übergab sie ihn wegen Hausfriedensbruches der Staatsanwaltschaft. Und eine Geldstrafe von 50 Mark ließ nicht lange auf sich warten. Der Angeklagte gibt zu seiner Entschuldigung an, er habe sich an dem fraglichen Tage, an welchem ihn die Bahnhofsverwaltung wegen Hausfriedensbruches feststellen ließ, nur für einen Reisenden nach der Abfahrt der Züge erkundigen wollen. Dies glaubte ihm das Gericht natürlich nicht und kam zur Bestätigung des Strafbefehls. Es billigte dem arbeitslosen Angeklagten lediglich die Vergünstigung zu, die für seine wirtschaftlichen Verhältnisse sehr hohe Geldstrafe in monatlichen Raten von 10 Mark zu zahlen. — Pit.

Anschluß des englischen Seemannsverbandes an die Internationale Transportarbeiter-Föderation.

(ITF) Das Sekretariat der ITF erhielt gestern vom Vorstand des englischen Seemannsverbandes (National Union of Seamen) ein Telegramm, wonach diese Organisation einmütig beschlossen hat, der Internationalen Transportarbeiter-Föderation beizutreten. Durch diesen Anschluß werden neue und große Möglichkeiten für den gemeinsamen internationalen Kampf eröffnet, den die Seeleute zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen führen.

Sozialpolitische Forderungen der französischen Gewerkschaften.

(IGB) Nach Behandlung der sozialpolitischen Fragen nahm die am 4. und 5. Oktober in Paris abgehaltene Bundesausschußsitzung des Französischen Gewerkschaftsbundes einen Beschluß an, in dem es u. a. heißt: „Der Bundesausschuß nimmt die durch die Aktion der Landeszentrale in neuester Zeit zu Gunsten der Arbeitslosen erzielten Erfolge zur Kenntnis: Heraufsetzung der Unterstützungen, Verlängerung des Unterstützungsanspruchs auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, Gewährung von Unterstützungen für die Kurzarbeiter, Einleitung kollektiver Arbeiten (Notstandsarbeiten). Der Bundesausschuß fordert darüber hinaus die *Einführung der obligatorischen staatlichen Arbeitslosenversicherung* und bis dahin die Vermehrung der Zahl der Arbeitslosenkassen der in Frage kommenden Gemeinden sowie ihren Ausbau. In einer speziellen Entschließung spricht sich der Ausschuß für die *allgemeine Einführung bezahlter Ferien* aus.

In Kürze erscheint:

„Sonderheft Plivier: Plivier contra Külz / Aus meinem Leben / Woran ich arbeite." Preis 20 Pfennig. Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin S 14, Märkisches Ufer 20.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Mieterstreik mit Erfolg beendet!

Hu. Sche. Berlin, 27. Oktober.

Der am 1. September begonnene und mit bewundernswerter Energie und Einigkeit durchgeführte Streik in der Cöpenicker Straße 34/35 ist jetzt beendet worden.

Die von dem Mieterausschuß gestellten Forderungen wurden fast restlos bewilligt!

Die rückständigen Mieten, die zum Teil seit zwei Jahren nicht mehr bezahlt wurden, sind gestrichen worden. Erst vom 1. November an muß wieder Miete bezahlt werden. Reparaturen, für die eine Summe von 9000 Mark von der Stadtverwaltung bewilligt worden ist, werden in Kürze in Angriff genommen. Die Mieten sind für die Erwerbslosen um 25 Prozent, für Kurzarbeiter bis 108 Mark Monatsverdienst um 20 Prozent, und für die übrigen Mieter (das sind die fünf, die sich als Streikbrecher betätigt haben!) um 10 Prozent gesenkt worden. Kommissionen finden nicht statt, ferner sollen zwei Pförtner eingestellt werden. Wie viel Aufopferung und Kraft erforderlich ist, um derartige Erfolge zu erkämpfen, können Unbeteiligte sich kaum vorstellen: Die vielen Gänge zum Wohlfahrtsamt, dort von Instanz zu Instanz, stundenlanges Warten, immer wieder abschlägige Antworten, Gänge zum Rathaus, und auch hier wieder Verweisung von Zimmer zu Zimmer. All diese Bittgänge und abschlägigen Antworten, dabei die Sorge um die Familie, die nicht satt zu essen hat, geschweige denn ein warmes und angenehmes Zimmer, während einem selber der Magen knurrt, können nur mit dem Mut der Verzweiflung ausgehalten werden.

Und die ganze Last ruht in der Hauptsache auf einem, dem Hauptverantwortlichen der ganzen Aktion. In diesem Falle war es ein Parteiloser. „Jetzt bin ich aber auch erledigt", sagte er mir. „Ich habe während der paar Wochen um 7 Pfund abgenommen und einen Herzfehler habe ich mir auch beinahe weggeholt. Doch wir haben unser Ziel erreicht und jetzt helfen wir den streikenden Chauffeuren der ‚Kraftag'. Gestern haben wir für 120 Mann Essen gekocht. In einer Nacht haben wir eine alte verdreckte Tischlerwerkstatt, die auf unserem Hof ist, in eine Streikküche umgewandelt. Ein altes halbverfallenes Feuerungsloch in einen großen Herd verwandelt, Plättbretter zu Bänken zusammengesetzt und lange Tafeln aus Tischen und Brettern, die wir alle aus unseren Wohnungen zusammengetragen haben, gebildet. Sogar an gedeckten Tischen sitzen unsere Genossen, die Chauffeure. Wir haben die Platten mit weißem Papier beschlagen." Voll Stolz zeigte mir eine KP-Genossin diese Küche. An den Wänden hängen 2 große rote Fahnen mit einer 3.

Bewunderungswürdig ist auch die Solidarität und Tatkraft der Frauen.

Der einig geführte Streik und jetzt auch die Einrichtung der Streikküche sind ein vorbildliches Beispiel von Solidarität, wie es leider noch ziemlich einzig dasteht.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hannover: Sonnabend, 29. Oktober, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: November 1918 — November 1932. Von der Revolution zur Diktatur der Barone.

Braunschweig: Dienstag, 1. November, 20.15 Uhr, Gastwirtschaft „Niedersachsen", Südklint 8. Thema: Fort mit Papen und Schleicher! Gegen Rüstungswahnsinn und Völkerverhetzung! Redner: Grete Hermann (Berlin).

Freie Aussprache! Eintritt frei!

HAMBURG

November-Kundgebung.

Mittwoch, 2. November, im Volksheim, Hammerbrook, Sachsenstraße 21, Großer Saal, um 20.15 Uhr:

Kollektiv Hamburger Schauspieler:
Szenen und Songs.

Rede- Maria Hodann (Berlin).

Eintritt 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig.

Opfer der Arbeit.

Hochofengase vergiften 28 Hüttenarbeiter.

Als die bisher stillgelegten Hochöfen der Maximilianhütte in *Rosenberg* in der Oberpfalz am 26. Oktober wieder in Betrieb gesetzt wurden, ereignete sich ein schwerer Unfall. Aus undicht gewordenen Leitungen strömte Gas aus, wodurch 28 Hüttenarbeiter teils schwere, teils leichte Gasvergiftungen erlitten.

Fünf Berliner Bewag-Arbeiter erhielten schwere Verbrennungen bei einem Kurzschluß im Umformerwerk in der Zossener Straße am Donnerstag.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stoffmuster vorrätig.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M.-Riederwald
Engelsplatz 12.

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Geinhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen
ALFRED ARENSBERG
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Ab 28. Oktober:
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films:
„Waldmenschen"
Regie: Alex Litwinow.
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten". Neue Fassung Fischinger Nr. 8: „Riesen des Urwaldes".
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Soeben erschien in neuer Ausstattung:
Philosophen für und wider die Revolution.
Von
HELLMUTH FALKENFELD.
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.

Inhalt:
I. Die Philosophen der französischen Revolution.
II. Immanuel Kant.
III. Johann Gottlieb Fichte.
IV. Jakob Friedrich Fries.
V. Hegel.
VI. Marx.
VII. Stirner.
VIII. Tolstoi.
IX. Nietzsche.
X. Popper-Lynkeus.
XI. Leonard Nelson.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Bauernfang vor der Wahl.

Zu der Verordnung über die „Milderung" des Sozialabbaus.

Folgende Ueberlegung gibt uns ungefähr ein Bild von der wirklichen Bedeutung der „Milderungen" des Papenschen Sozialabbaus: Es gibt in Deutschland zur Zeit etwa 7½ Millionen Erwerbslose, davon sind bei den Arbeitsämtern etwa 5 Millionen angemeldet; von diesen gemeldeten 5 Millionen werden nur etwa 4 Millionen unterstützt; von diesen Unterstützungsempfängern sind etwa 1½ Millionen Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, für die allein die „Milderungen" in Frage kommen. Aber auch von diesen 1½ Millionen kommen nur die Verheirateten in den Lohnklassen 1 bis 6 in Frage. Das sind schätzungsweise ganze 500 000 bis 600 000 Erwerbslose, die je nach der Zahl der Angehörigen 2, 3 oder 4 Mark erhalten. Aber auch diese bekommen die Zulagen nur kurze Zeit, nämlich solange sie noch aus der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge unterstützt werden. Dann ist es mit der Herrlichkeit sofort aus, und sie kommen „in die Wohlfahrt".

Die Papensche „Unterstützungserhöhung" sieht also so aus: etwa eine halbe Million Erwerbsloser erhalten für sehr beschränkte Zeit durchschnittlich drei Mark mehr in der Woche.

Das Ganze ist also offenbar eine bloße Wahlreklame für Herrn von Papen und seine Kollegen, — eine Reklame auf Staatskosten.

Herr von Papen verspricht sich.

Die schwierige deutsche Wehrparole.

Papens Vorliebe, von Ausländern interviewt zu werden, ist bekannt. Dieses Mal hat sie ihn zu einem Gespräch mit dem englischen Oberstleutnant Stirling veranlaßt, der im Krieg britischer Stabschef bei den arabischen Streitkräften war. Diesem alten Soldaten hat Papen erzählt:

„Wir haben gegenwärtig das Gefühl, ganz ohne Sicherheit zu sein. Wir wünschen nicht, mehr für unsere Rüstungen auszugeben als gegenwärtig. Aber wir wollen von den Beschränkungen frei sein, die uns bezüglich der Art und Weise der Verwendung unserer Gelder auferlegt sind."

Der Schleichersche „Umbau" beschlossene Sache!

Dieser Umbau, der den Zweck verfolgt, die Zerstörungskraft der deutschen Wehrmacht, ihre Gefährlichkeit für den „Gegner" zu steigern, bedeutet Aufrüstung,

selbst wenn das neue Heer — wie zur Beruhigung der deutschen Steuerzahler hinzugefügt wird — wirklich nicht mehr kosten sollte als das bisherige.

Also doch, allen Regierungsdementis zum Trotz, Aufrüstungspläne? Herr von Papen hat im Eifer des Gefechts die offiziell vorgeschriebene Einschränkung total vergessen: „Wir verlangen natürlich nicht die eigene Aufrüstung, sondern die Abrüstung der andern, und nur wenn . . . ."

Es ist auch schwer, solche Worte im Kopf zu behalten, wenn man aufgehört hat, sich etwas bei ihnen zu denken.

Dr. Bell gegen Papens Außen- und Kontingentierungspolitik.

Dr. Bell (Zentrum) kritisierte in einer Wahlversammlung des Zentrums am 26. Oktober in *Hamburg* stark die Außenpolitik des jetzigen Reichskanzlers von Papen und erklärte, wenn es Dr. Brüning gelungen sei, „die Weltatmosphäre zu entgiften" und Deutschland wieder „Vertrauen in der Welt" zu verschaffen, so ständen wir heute vor der Tatsache, daß ein

vollständiger Umschwung in der Außenpolitik eingetreten sei. Denn heute sei Deutschland wieder so gut wie isoliert.

Hierzu habe in starkem Maße die Kontingentierungspolitik beigetragen. Nicht nur die Exportindustrie und viele andere Wirtschaftskreise seien stark benachteiligt, sondern auch Länder, die Deutschland bisher wohl geneigt gewesen seien, seien jetzt gegen uns eingenommen und zeigten eine Haltung, die uns nicht gleichgültig lassen könne.

Unter den Rädern der Justiz.

Vier Jahre Zuchthaus für eine Bierprügelei.

Unter Anwendung der Terror-Notverordnung verurteilte am Mittwoch die zweite Große Strafkammer des Landgerichts III in Berlin die Arbeiter Bruno und Erwin Kupczak und Kubalczyk zu

insgesamt vier Jahren Zuchthaus.

Alle drei sind nicht Sozialisten, sondern strenge Katholiken. Es handelt sich um eine leichte Prügelei, in die der angeheiterte Erwin Kupczak am 15. August mit einem Nazi geraten war und zu der dann die beiden anderen hinzukamen. Eine leichte Nasenverletzung des Nazi war der einzige Schaden.

Ungesühnter Naziterror.

Die vier Jahre Zuchthaus, die ein Berliner Gericht wegen einer Lappalie unter Anwendung der Terror-Notverordnung verhängt hat, erinnern uns an das,

womit sich die Sonderjustiz nicht beschäftigt.

Wir sind der Meinung, daß die Hauptursache für das Anwachsen des nationalsozialistischen Terrors in den letzten Wochen in der Passivität der Sonderjustiz gegenüber diesem Terror zu suchen ist. Wir stellen hier einiges Material zusammen, das für diese Ansicht spricht; nämlich die seit Geltung der Terror-Notverordnung bis Mitte Oktober in Berlin festgestellten nationalsozialistischen Terrorakte, über deren gerichtliche Verfolgung uns nichts zu Ohren gekommen ist. Bei welcher Instanz bleibt hier die Strafverfolgung stecken? Die folgende Zusammenstellung enthält nur solche Fälle, bei denen entweder die Täter ermittelt sind oder wenigstens die *Verhaftung* von Nazis gemeldet worden ist. In allen diesen Fällen haben also die unteren Polizeiorgane *nicht* versagt.

Das Versagen kann demnach nur liegen bei der ermittelnden (politischen oder Kriminal-) Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft;

denjenigen Instanzen also, deren einträchtiges Zusammenarbeiten in einer scharfen, ja leichtfertigen Kommunistenverfolgung mit mehr als merkwürdigen Methoden bei dem großen Berliner Kommunistenprozeß enthüllt worden ist. Natürlich kann unsere Zusammenstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

25. August. Nazis schießen auf linksstehende Arbeiter, die sie auf dem Rummelsburger Platz treffen. **Fünf Nazis zur Abteilung Ia gebracht.**

29. August. Der bekannte Fall in der Röntgenstraße, bei dem der SA-Mann Gatschke erschossen wurde. Von glaubwürdigen Zeugen sind im Kommunistenprozeß mehrere SA-Leute als Schützen bezeichnet worden.

6. September. Am Winterfeldplatz in Schöneberg wurde ein Kommunist, der allein war, von einer Horde Nazis niedergeschlagen und getreten. Fünf der wüstesten Schläger wurden festgenommen.

10. September. An der Röntgenbrücke in Charlottenburg wurde ein 18jährige Arbeiter von einer Horde Nazis überfallen und verprügelt. Verhaftung des Nazi Oschinski.

30. September. Der 18jährige Nazi Schüler schießt in der Hermannstraße (Neukölln) dem Kommunisten Faltin drei Kugeln in den Körper (Lunge, Bauch, Oberschenkel). Schüler wurde zur politischen Polizei gebracht.

10. oder 11. Oktober. In Moabit stechen Nazis einen Kommunisten nieder. Täter ermittelt.

10. oder 11. Oktober. In Neukölln wurden zwei Kommunisten niedergeschlagen. Täter ermittelt.

Eine entsprechende Liste über etwaige Terrorakte von links zusammenzustellen, ist nicht möglich, weil derartiges Material über links nicht vorhanden ist.

Urteil zur Ermunterung des Naziterrors.

Am 14. Februar dieses Jahres waren Nazis und Stahlhelmer in eine geschlossene Eiserne-Front-Kundgebung in Bischdorf (Schlesien) eingedrungen; dann war SA alarmiert worden, zwei Reichsbannerführer wurden nachher auf der Straße überfallen und schwer mißhandelt. Reichsbannersekretär Musiol schwebte tagelang zwischen Tod und Leben.

Vor der Strafkammer in Oppeln standen deswegen sieben SA-Leute und vier „Stahlhelm"-Führer. Am Donnerstag kam das Urteil heraus: Acht Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von drei bis zu neun Monaten, drei SA-Leute erhielten Geldstrafen bis zu 90 Mark. Das Eindringen in die Kundgebung wurde nicht bestraft, weil die Angeklagten — darunter Führer! — sich der Strafbarkeit dieser Handlung nicht bewußt gewesen seien! Gegen die am Ueberfall auf Musiol Beteiligten verhängte das Gericht die gesetzlichen Mindeststrafen.

Der Vertreter der Nebenkläger vom „Reichsbanner", der aus dem Ohlauer Prozeß bekannte Rechtsanwalt Braun aus Magdeburg, hatte in seinem Plädoyer gebeten, weger ihrer Jugend die Angeklagten milde zu bestrafen.

Diese Sentimentalität halten wir für gänzlich unangebracht. Denn die Milde der Gerichte gegenüber dem Naziterror ist von Folgen begleitet, die aufs schwerste die Arbeiter treffen: Der wieder anwachsende SA-Terror und die vielen Fälle, in denen Arbeiter, durch Nazis in Schlägereien verwickelt, über die Sondergerichte in die Zuchthäuser wandern.

Demokratie – Diktatur – Führerschaft.

(Die Lehren der deutschen Revolution.)

Öffentliche Diskussion im großen Saal der „Sophiensäle", Sophienstraße 18, am Donnerstag, dem 3. November, 20 Uhr.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet:

Heinrich Brandler (KPD-O), Willi Eichler (ISK), Karl Emonts (SPD)
Hugo Urbahns (Leninbund).

Das einleitende Referat hält Maria Hodann (ISK).

Eintritt 20 Pfg.
Für Erwerbslose 10 Pfg.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.
Ortsverein Berlin.

Grzesinski zum Leipziger Urteil.

Nichts gelernt . . .

R. H. Vor etwa 5000 bis 6000 Zuhörern sprach am 27. Oktober u. a. der ehemalige Berliner Polizeipräsident Grzesinski in den Tennishallen in *Berlin-Wilmersdorf*.

Grzesinski, ein unheilbarer demokratischer Bürger.

Zum Beweis, daß dieses Urteil über Grzesinski keinesfalls übertrieben ist, seien nur einige Zitate aus seiner Rede und Stellungnahme zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs in Leipzig angeführt:

„*Ich* kam darüber (über die Ereignisse des 20. Juli) leicht hinweg . . .

So viel Richtermut gibt es in Deutschland noch. . . . Das Urteil des Staatsgerichtshofs ist das Schwerste und Höchste, was jemals ein Gericht erkannt hat . . . . Das Recht hat in Deutschland gesiegt und die Verfassung hat sich durchgesetzt. . . . Ohne Demokratie keine Eroberung der Macht!"

Daran schloß sich eine unglaubliche Hetze gegen die KPD an. Man mag noch so viel an ihr zu kritisieren haben, man wird sie nicht „als den Pfahl im Fleische der Arbeiterschaft" bezeichnen dürfen, der allein die Schuld an der Zersplitterung der Arbeiterbewegung trage. Herr Grzesinski mindestens hat kein Recht zu diesen Vorwürfen! Konnte ihm doch die „Rote Fahne" mit guten Gründen am selben Tage einige Fragen wie die folgenden vorlegen (da Diskussionsredner nicht zugelassen wurden):

„Warum haben Sie als Berliner Polizeipräsident Arbeiterdemonstrationen verboten, gleichzeitig aber Stahlhelmaufmärsche erlaubt?"

„Warum haben Sie Arbeiterlokale geschlossen, gleichzeitig aber die Nazikasernen, diese Ausgangspunkte ständiger blutiger Mordüberfälle auf die werktätige Bevölkerung, mit starken Polizeiposten geschützt?"

Auf diese Fragen ging der Polizeipräsident a. D. natürlich mit keinem Wort ein!

Eine Rechtfertigung ist für Grzesinski auch unmöglich!

Nein, dieser Mann hatte den *Arbeitern* in den Tennishallen wirklich nichts mehr zu sagen. Daher kam auch der warme und spontane Beifall aus der Masse (hinter dem man nicht Regie spürte) erst, als der ehemalige Kommunist Dünner aus Frankfurt a. M. über die Einheitsfront sprach. Dünner wurde aus der KP ausgeschlossen, weil er ehrlich und klug eine Einheitsfront zwischen den Organisationen der „Antifaschistischen Aktion" und der „Eisernen Front" erstrebt und in Frankfurt und Umgebung auch einige gemeinsame Versammlungen beider antifaschistischen Organisationen mit glänzendem Erfolg durchgeführt hatte. Man kann nur bedauern, daß dieser entschiedene und offenbar ehrliche Kämpfer keinen anderen Ausweg fand als „zurück" zur SPD, was er selber als ein Zurück im Sinne eines Rückschritts bezeichnete. So mußten die Berliner Sozialdemokraten bei den Kommunisten Anleihen machen, um bei den Arbeitern wirklichen Anklang zu finden! — Andererseits erlebte die kommunistische „Einheitsfront"-Parole dadurch eine eigenartige Beleuchtung!

Gegen Zarismus und Regierung der „komischen Figur".

Scharfe Töne aus Bayern.

Der bayerische Ministerpräsident Held hat sich in einer Wahlrede in Landau (Pfalz) scharf gegen Papen gewandt und das Leipziger Urteil als einen weiteren Beweis für die mangelhafte Kunst der Staatsführung des neuen Kurses ausgelegt. Es sei eine Verkennung der ganzen Entwicklung, wenn man glaube, das deutsche Volk werde sich auf die Dauer so behandeln lassen, wie ein halbkultiviertes Volk. Es würde den Leuten so passen, die jetzt an der Regierung seien, wenn man die Bauern, den Mittelstand und die Arbeiter zur Seite stellte und einer dünnen Herrenschicht die Führung auf lange Zeit überließe. Deutschland brauche keinen Zaren und Deutschland könne nicht geholfen werden mit einer Art von Zarismus. Von der „grundsätzlich neuen Staatsführung" habe man bisher das Grundsätzliche vermissen müssen, und was geblieben sei, sei nichts anderes als eine Staatsführung mit alten Methoden. Wer einem Lande ohne Not einen Reichskommissar schicke, der mache eine komische Figur, wenn er von sich behaupte, er sei Föderalist.

Hitler im Dunkeln.

Während Hitlers Rede in Bad Schwartau bei Lübeck trat eine Lichtstörung ein, die auf einen *Sabotageakt an der Leitung* zwischen Gleschendorf und Schwartau zurückzuführen war. — „Jedem das Seine!"

In Hamburg kam es in der Nacht vom 27. Oktober zu einer Schlägerei von Nationalsozialisten mit Kommunisten an der Ecke Große Bleiche, Stadthausbrücke und Wechsestraße, wobei geschossen wurde. Drei Nationalsozialisten wurden verletzt. Auch mehrere verwundete Kommunisten sollen von ihren Parteifreunden weggeschafft worden sein.

Einen neuen Personalschub

hat Bracht vollzogen. Es handelt sich um eine Reihe von Regierungspräsidenten- und Landratsstellen und um die Stelle des Bielefelder Polizeipräsidenten. Bielefeld hatte bisher noch einen SP-Mann (Fiehn) als Polizeipräsidenten; er ist in den Ruhestand versetzt worden; seine Stelle wird jetzt kommissarisch verwaltet von dem als Kommunistenverfolger (z. B. durch die Reichstags-Razzia) verdienten Regierungsrat von Werder aus dem Berliner Polizeipräsidium,

der trotz offenen Verfassungsbruchs noch immer Beamter ist.

Unter den Abgebauten befinden sich weiter ein demokratischer Regierungspräsident und zwei sozialdemokratische Landräte. Unter den neuen Leuten ist der bisherige Staatssekretär in der Reichskanzlei, Pünder, der jetzt Regierungspräsident in Münster geworden ist. Lauter „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötige Maßnahmen" (Artikel 48, Absatz 21)! Denn andere Maßnahmen darf Papen in Preußen als Kommissar — nicht ergreifen. Natürlich stört ihn das nicht sehr.

Papen will sich in Sachsen beliebt machen, durch einen offiziellen Staatsbesuch in Dresden Mitte November. Viel Glück! Die „schönen Münchener Tage", von denen Papen am letzten dortigen Bierabend sagte, daß sie so schnell vorübergegangen seien, sind ja auch im politischen Sinne „schnell vorübergegangen"! Vergleiche die neuesten Stimmen aus Bayern!

Ein Nazi-Ritt

auf der Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes,

die in diesen Tagen in Berlin stattfand, wurde vom Führer des Verbandes der technischen Zollbeamten, Klüver, unternommen. Dieser Hauptredner der Nazi-Opposition im DBB forderte eine Absetzung der jetzigen Vorsitzenden und eine für die Pflege der Verbindung zur NSDAP geeignete Neubesetzung des Vorstandes. Klüver fand bei der überwältigenden Mehrheit der Versammlung stürmische Ablehnung.

Da die Wiener Universität zur Zeit geschlossen ist, finden die Nazi-Studenten-Krawalle an der Technischen Hochschule in Wien statt. Auch sie wurde vorübergehend geschlossen und nur nach Einführung eines scharfen Legitimationszwanges wieder geöffnet.

Papens Taten — Papens Erfolge.

1. Papens bestgehendes Unternehmen.

Woher nimmt dieser Papen das Geld, so fragen sich außer seinem Amtsvorgänger noch viele.

Eine Geldquelle hat sich inzwischen durch eine „Mitteilung von unterrichteter Seite" vorgestellt: die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Man staunt? Diese Firma hat noch nicht den Zusatz erhalten „. . . . und Erfolgslosenfürsorge", und doch hilft sie dem Herrn von Papen.

Die Reichsanstalt nimmt Teil an der Finanzierung von Notstandsarbeiten und freiwilligem Arbeitsdienst (zur Zeit 200 000 Dienstwillige), ferner an der Finanzierung des ersten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung (mit 20 Millionen Mark verlorenen Zuschüssen). Trotzdem hat die Reichsanstalt dem Reich seit dem 1. April rund 160 Millionen Mark zur Verfügung gestellt und hofft, dem Reich im Winterhalbjahr rund 240 Millionen Mark geben zu können. Da die Reichsanstalt während der ersten Jahre ihres Bestehens von Reich, Ländern und Gemeinden über 2 Milliarden Mark Zuschüsse empfangen hat, so ist gegen eine Teilrückzahlung an das Reich an sich gewiß nichts einzuwenden. Wohl aber gegen den *Zeitpunkt!* Mitten in der Krise hat die Arbeitslosenversicherung die Zahl der Unterstützten abgebaut durch Verkürzung der Unterstützungsdauer und durch Einbau einer Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen; sie hat die ausgezahlten Unterstützungssummen ferner abgebaut durch eine radikale Kürzung der Unterstützungssätze auf — nach Einführung der Wintererhöhung — durchschnittlich 44 Mark im Monat. Mitten in der Krise bleibt trotzdem die Lohnbelastung mit 6,5 Prozent, je zur Hälfte zu Lasten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, bestehen, sodaß jährlich rund eine Milliarde Mark bei der Reichsanstalt eingeht.

Die Reichsanstalt wird also geradezu als Helfershelferin zum Kaufkraftmord herangezogen und liefert die „Reinerträge" dieser gewiß nicht satzungsgemäßen Beschäftigung an die Junker ab.

Diese benutzen einen Teil der Arbeitergroschen, um sich großspurig als soziale Regierung hinzustellen, die im Winter die Unterstützungen erhöht; der Rest wird — wenn auch nicht direkt — ausgegeben über das Riesenkonto „Erfolgslosenfürsorge".

2. Papens Eigenheime. Für wen?

Die Reichsregierung stellt 20 Millionen Mark zum Bau von Eigenheimen zur Verfügung. „Diese Gelder werden allerdings erst in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 fließen." Bis dahin Zwischenfinanzierung nach bewährtem Muster.

Der Bau von Eigenheimen soll dazu dienen, Bauarbeiter zu beschäftigen und — gehortetes Geld hervorzulocken. Die Bauherren müssen nämlich 30 Prozent Eigenkapital nachweisen. Also: Eigenheime für ängstliche Kleinkapitalisten!

3. Von Braun bleibt fest. Wie lange?

Die reisende Tomaten-Kommission hat dem Kabinett einen Zwischenbericht erstattet. In Berliner Zeitungen wurde das Gerücht verbreitet, das Reichsernährungsministerium habe auf Grund dieses Berichtes seine Forderung aufgegeben, die Kontingente *autonom* festzusetzen, das heißt: die Einfuhrdrosselung einseitig von Deutschland aus zu diktieren. Die Hoffnung war verfrüht! Von „zuständiger Stelle" wird erklärt, „daß sich an der Haltung der Reichsregierung in der Kontingentierungsfrage, wie sie der Reichsernährungsminister in seiner Münchener Rede im Einvernehmen mit dem gesamten Reichskabinett festgelegt hat, nichts geändert hat. Besonders wird noch auf die Erklärung des Reichsernährungsministers vor den Vertretern des Gartenbaues verwiesen, daß die

autonome Kontingentierung unter allen Umständen

durchgeführt würde. Die Zwischenberichte der von Ministerialrat Walter geführten Ministerialkommission haben keinen Anlaß zu einer Aenderung der Haltung des Reichsernährungsministers und des Reichskabinetts gegeben."

Wir geben zu: Vor den Wahlen hat das Kabinett Papen *allen Anlaß*, die Landbundmitglieder nicht zu verärgern. Wird es also vor den Wahlen einfach keine Entscheidung treffen? Es gibt ja noch einige Hauptstädte in Europa, die von der Tomaten-Kommission noch nicht mit ihrem Besuch beehrt worden sind. Zur Zeit weilt sie in Kopenhagen. Wie wäre es mit einer Fortsetzung der Reise nach Stockholm, Oslo und Riga? Vorausgesetzt daß der Herausschmiß nicht überall so prompt wie in Holland erfolgt, könnte mit dieser Reise sehr wohl die Zeit bis zum 6. November ausgefüllt werden.

Was dann? Man kann es bei den Herren von dieser Regierung, insbesondere bei Herrn von Braun, für möglich halten, daß sie auch dann noch festbleiben wollen. Es fragt sich allerdings, ob andere sie fest in den Ministerien sitzen lassen wollen.

4. Erfolg? Belebungszeichen bei Börse und Banken?

Die Börsenkurse und Getreidepreise weichen! Die Preußen-Minister wichen bisher nur *einmal*, und zwar *der Gewalt* (vielleicht haben sie jetzt ein *zweites* Mal Gelegenheit dazu). Die Börsenkurse aber weichen *täglich*, und *trotz der Gewalt!* Die Getreidebörse möchten manche nun am liebsten mit Gewalt schließen. Ein Mittel zur Preiserhöhung wäre das allerdings auch nicht.

Denn die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt sinken wieder, zusammen mit Hoovers Wahlaussichten. Weizen hat am 26. Oktober in Chicago (USA) und Winnipeg (Kanada) einen neuen Rekordtiefstand erreicht. Desgleichen Mais in Chicago. Kupfer, Zucker und Kautschuk sind nicht mehr weit vom tiefsten Punkt entfernt, die Weltmarktbelebung scheint wieder in die Ferne gerückt. Und ob die Ferne das Frühjahr 1933 ist, wer weiß das, außer den von Hoover bezahlten Konjunktur-Propheten?

Der Reichsbankkredit schrumpft auch beim Diskontsatz von 4 Prozent, — einfach weil niemand Kredite braucht. Denn

wozu Kredite, wenn doch keine letzten Käufer da sind?

Ein in der bürgerlichen Presse viel erörterter Lichtpunkt: die September-Bilanzen der deutschen Privat-Banken. Richtig: Man findet in ihnen Belebungs*spuren*. Die Einlagen sind gegenüber dem Vormonat um 33 Millionen Mark auf 9102 Millionen Mark gestiegen, also im Riesenausmaß von einem Drittel Prozent. Doch wozu ist der Einlagenzugang verwandt worden? Die Barmittel der Banken haben um 30 Millionen Mark zugenommen, die Guthaben bei anderen Banken um 4 Millionen Mark; davon geht unmittelbar gewiß keine Belebung der Wirtschaft aus und es ist auch kein Zeichen dafür! Die Warenvorschüsse haben um 3 auf 1175 Millionen Mark abgenommen, die Wechsel um 31 auf 2222 Millionen Mark, die Ausleihungen auf laufendem Konto um 16 auf 5685 Millionen Mark. Gewiß sind diese Bewegungen zum Teil durch besondere Umstände bedingt (zum Beispiel die Aufrechnung von Forderungen mit Schulden gegenüber dem Kreuger-Konzern). Wir wollen auch nicht verschweigen: die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft hat ihre Ausleihungen um 8 Millionen, die Dresdner Bank um 12 Millionen Mark gesteigert; bei anderen Banken sind aber dafür verringerte Ausleihungen zu verzeichnen. — Der Lichtpunkt ist winzig klein!

5. Und der Arbeitsmarkt?

Großer Scharfsinn und viel Papier wird darauf verwandt, um zu beweisen, daß man einen anderen Lichpunkt, die Belebung des Arbeitsmarkts mit Fernrohren bereits sehen könne. Gewiß sind mit Hilfe des Systems der Einstellungsprämien und Lohnkürzungen, die ja nicht alle abgewehrt worden sind, kleine Erfolge erzielt worden. Als Unterlagen für einen Wahlerfolg, wie gewisse Herren wohl gehofft haben, reichen sie aber nicht hin! Und wenn man die kleinen „Erfolge", wenn man sie schon so nennen will, noch lange *breit* tritt, so wird man sie bald vollends *zertreten* haben. Denn dieses Breittreten erzeugt nichts als Mißtrauen. Wer glaubt einer Amtsstelle denn noch etwas, die aus einer *Abnahme* der Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen in der zweiten September-Hälfte optimistische Schlüsse zog (die sehr anfechtbar sind), und vierzehn Tage darauf aus der *Zunahme* dieser Zahl in der ersten Oktober-Hälfte auch optimistische Schlüsse zieht und meint, es werde wohl auch im Oktober so kommen wie im September, daß die *erste* Monats-Hälfte eine *Zunahme* und die *zweite* Monatshälfte eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zeigt?

Zu Erfolgen bei der Methode Coué gehört, daß der Patient zum Arzt Glauben hat. Wer aber glaubt an Papen außer seine Standesgenossen?

Auf *einen* Erfolg Papens rechnen allerdings auch wir, obwohl wir uns von ihm unmittelbar nicht viel versprechen: ein Ansteigen der Proteststimmen bei der Reichstagswahl, also der kommunistischen Stimmen.

—t.

Kohlen-Preissenkung erzwungen — in Ungarn.

Der ungarische Handelsminister hat festgestellt, „daß die Tätigkeit des ungarischen Kohlenkartells nicht den öffentlichen Interessen entspreche". Die Regierung setzt dem Kartell eine Frist von 24 Stunden, um seine Preise zu „revidieren". Wenn es das nicht tut, soll es zwangsweise aufgelöst werden. — Bravo! Zur Nachahmung empfohlen.

BELGIEN

Belgischer Stahlverband gegründet. Die Verhandlungen über eine Wiedererrichtung des belgischen Stahlkartells sind abgeschlossen. Sämtliche belgischen Stahlwerke haben sich an dem neuen Kartell beteiligt. — Die Verhandlungen über eine Wiederaufrichtung der internationalen Rohstahlgemeinschaft haben damit, wie von kapitalistischer Seite berichtet wird, „eine gesunde Basis gefunden".

USA

Verlust der United States Steel Corporation: In den ersten neun Monaten 1932 ist ein Reinverlust von 51,5 Millionen Dollar entstanden; im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug der Gewinn 17,3 Millionen Dollar. — Der Auftragsbestand betrug Ende September 1 985 000 Tonnen, 15 000 mehr als Ende August. Ende September 1931 betrug er noch 3 145 000 Tonnen. — Belebung?

DEUTSCHLAND

Die Betriebe der deutschen Industrie waren im September 1932 zu 35,9 Prozent (im August: 34,8, im September 1931: 43,4 Prozent) ausgenutzt, und zwar die Betriebe der Verbrauchsgüter-Industrien zu 41,9 Prozent (im August: 40,0, im September 1931: 50,3 Prozent) und die Betriebe der Produktionsgüter-Industrien zu 31,4 Prozent (im August: 30,8, im September 1931: 38,2 Prozent).

Zahl der Beschäftigten nimmt zu, wenigstens nach der Statistik der Krankenkassen. Bei ihnen waren im September 80 000 Beschäftigte mehr gemeldet als im August. Im Vorjahr war die Zahl der Beschäftigten im September um 250 000 niedriger als im August.

Antwort auf die Antwort: Die Holländer antworten auf die deutschen Einfuhrbeschränkungen mit gewissen Boykottmaßnahmen. Die deutsche Gegenantwort: Eine Reihe von Firmen lassen Seetransporte statt über den holländischen Hafen Rotterdam nunmehr über Antwerpen oder andere belgische Häfen gehen. Die belgischen Hafenverwaltungen überbieten sich im Anbieten von Transport- und Verlade-Erleichterungen, um die deutschen Interessenten von den holländischen Häfen wegzulocken.

FRANKREICH

Arbeitslosigkeit. Die Wochenstatistik zeigt auch für die erste Oktoberwoche einen Rückgang der eingeschriebenen Arbeitslosen an. Ferner sind einige Zahlen aus dem Textilgebiet des Nordens bekannt. In Roubaix ist die tatsächliche Erwerbslosigkeit von 33 700 im Laufe des Monats auf 29 200 zurückgegangen, in Tourcoing von 25 500 Ende Juli auf 18 300 Ende September.

Weißt Du . . .?

Auch eine Buchbesprechung.

Die deutsche Zollgrenze ist 8112 Kilometer lang; nur 483 Kilometer davon liegen zwischen Deutschland und Frankreich, 1846 Kilometer zwischen Deutschland und Polen.

In Sachsen kommen 333 Einwohner auf einen Quadratkilometer, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 43.

Von 100 000 Säuglingen (Kindern unter einem Jahr) starben im Jahrzehnt 1881/90 jährlich 24 200, im Jahr 1930 nur 9300.

1931 starben in Berlin 10 856 Personen mehr als dort geboren wurden.

1930 begingen in Deutschland 12 672 Personen Selbstmord, davon 46,7 Prozent durch Erhängen und Erdrosseln, 16,9 Prozent durch Erschießen, 11,3 Prozent durch Leucht- und Kochgas, 6,4 Prozent durch Ueberfahrenlassen.

1931 wurden in Deutschland 4,2 Millionen Tonnen Weizen geerntet, 1926 waren es nur 2,6 Millionen Tonnen, 1925: 3,2 Millionen Tonnen.

1932 waren mit Erdbeeren bestellt: 6100 Hektar; 1927 waren es erst 3400 Hektar.

1925 waren in den deutschen Gewerbebetrieben 18,7 Millionen Personen, ferner Antriebsmaschinen mit 19,8 Millionen Pferdestärken beschäftigt.

Auf den deutschen Eisenbahnen wurden 1931 Güter im Gewicht von 84 Millionen Tonnen verfrachtet; im Jahr vorher waren es noch 103 Millionen Tonnen.

Ein Kilo Roggenbrot kostete in Berlin 1913 nur 28 Pfennig, 1931: 38 Pfennig. Ein Kilo Weizenmehl kostete in Frankfurt am Main 1913 nur 38 Pfennig, 1931: 60 Pfennig. Ein Kilo Zucker kostete in Hamburg 1913 nur 44 Pfennig, 1931: 65 Pfennig.

Ein verheirateter Landarbeiter erhielt 1931 im Kreis Johannisburg (Ostpreußen) im Jahr laut Tarif einen Barlohn von 190,92 Mark, ferner Wohnung und Stall, 56 Zentner Kohle, 3400 Quadratmeter Kartoffelland, 915 Liter Milch, 28 Zentner Getreide und Hülsenfrüchte, davon 20 Zentner Roggen; er hatte das Recht zur Kleintierhaltung und die Pflicht, im Jahr 2886,5 Stunden zu arbeiten.

1931 wurden nach Erschöpfung des Unterstützungs-Anspruches ausgesteuert: von der Arbeitslosenversicherung: 2 985 000, von der Krisenfürsorge: 954 000 Hauptunterstützungsempfänger.

1931 fanden 473 Streiks und 41 Aussperrungen statt. Betroffen wurden 259 000 beziehungsweise 47 000 Beschäftigte. Mit vollem Erfolg für die Arbeitnehmer gingen aus: 50 Streiks, 5 Aussperrungen; mit teilweisem Erfolg: 119 Streiks, 20 Aussperrungen. Verlorene Arbeitstage insgesamt: 2 Millionen.

Von den Reichsausgaben entfielen 1930/31 auf die Wehrmacht 757 Millionen Mark, auf „Auswärtige Angelegenheiten" (das heißt: die friedliche Regelung dieser Angelegenheiten): 55 Millionen Mark.

1929 gab es in Ostpreußen 22 000 steuerpflichtige Landwirte. Sie gaben als steuerpflichtiges Jahreseinkommen insgesamt 48 Millionen Mark an. Auf die Familie entfallen also im Durchschnitt rund 2000 Mark. Wer's glaubt, bekommt einen Taler.

In Schaumburg-Lippe wurden 18 064 kommunistische Stimmen bei der Landtagswahl am 3. Mai 1931 abgegeben; die Kommunisten erhielten einen Abgeordneten.

In der Stadt Lüneburg hat es 1931 an 131 Tagen geregnet und an 48 Tagen geschneit; auf dem Brocken hat es an 190 Tagen geregnet und an 124 Tagen geschneit.

*

All dieses und vieles andere steht in dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich", dessen Band 1932 das Statistische Reichsamt soeben herausgegeben hat. Der Band bringt auf 564 Seiten statistisches Material aus Deutschland, auf weiteren 201 Seiten internationale Uebersichten. Er kostet gebunden 6,80 Mark. Die vielen, denen die Anschaffung zu teuer ist, können das Statistische Jahrbuch auf nahezu allen öffentlichen Bibliotheken einsehen. Dazu sei hier nachdrücklich geraten.

Das Jahrbuch zeichnet ziemlich getreulich ein Bild vom Reichtum unseres Planeten und vom Elend der Masse seiner Bewohner. — Was fehlt, ist natürlich eine Statistik des Großgrundeigentums in Deutschland und eine entsprechende internationale Uebersicht.

Für den, der in Tabellen und Zahlen sich etwas heimisch gemacht hat, ist das Buch eine spannende Lektüre. Ich ziehe sie der Lektüre der meisten Zeitungen vor und habe schon gelegentlich das „Statistische Jahrbuch" als Ersatz für Zeitungslektüre empfohlen. — Womit ich niemanden von der Lektüre des „Funken" abhalten will.

Hellmut Rauschenplat.

Schwere Krise in Frankreich.

Nach der Veröffentlichung der Pariser Handelskammer waren von 342 530 Arbeitern in Paris nur 186 505 beschäftigt. In der Möbelindustrie betrug der Rückgang der Beschäftigung 73 Prozent gegenüber dem Vorjahre, im Baugewerbe 64, in der Nahrungsmittelindustrie nur 19, in der Wagenindustrie aber nicht weniger als 90 Prozent. Gleichzeitig wurde bekannt, daß in der Textilindustrie in Calais von 12 000 Arbeitern 9000 erwerbslos waren. In den Bergwerken von St. Ambroix ging die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 3000 auf 650 zurück. Die Löhne der Textilarbeiter in Nordfrankreich fielen unter dem Einfluß der Krise von 1 Franc 50 centimes (Goldfranken) auf 60 centimes pro Stunde.

Also geschehen anläßlich der Wirtschaftskrise des Jahres *1848*, die bis 1851 mit fast unverminderter Stärke fortdauerte, hauptsächlich wegen der Schutzzollpolitik, die von Frankreich damals betrieben wurde. Kein Wunder, daß Louis Blanc im „Moniteur" vom 27. April 1848 den Untergang des kapitalistischen Systems voraussagte:

„Das ökonomische Gebäude der Vergangenheit kracht in allen Fugen. Die Gesellschaft, die sich auf Konkurrenz und Isolierung (der Länder gegen einander) gründet, hat fast ihr Ende erreicht."

Und heute?

G. K.